



# KLIMA MITBESTIMMUNG

– Pressemitteilung –

## **ZUKUNFTSFORUM BÜRGERRÄTE MIT ÜBERRASCHENDEN TÖNEN**

### **Zur Veranstaltung**

Am 7. Oktober veranstalteten die Robert Bosch Stiftung, Klimamitbestimmung e. V. und das Netzwerk der Ernährungsräte das **Zukunftsforum Bürgerräte**. Dazu kamen etwa 75 Vertreter:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in Berlin zusammen.

Im ersten Teil des Zukunftsforums blickten die Teilnehmenden zurück auf den ersten Bürgerrat des Bundestages, den Bürgerrat Ernährung im Wandel. Dieser hatte im Februar seine Empfehlungen an den Bundestag übergeben hatte. Teilnehmende und Durchführende des Bürgerrates, die wissenschaftliche Begleitforschung und Bundestagsabgeordnete aus dem Ernährungsausschuss attestierten dem Bürgerrat eine hohe Qualität. Anschließend wurden gemeinsam Umsetzungsperspektiven diskutiert und Netzwerke gebildet.

Im zweiten Teil des Forums stand die Zukunft von Bürgerräten im Mittelpunkt. Beispiele von Bürgerräten in Erlangen und Kirchanschöring zeigten eindrucksvoll auf, wie Kommunen mit Hilfe von Bürgerräten gesellschaftliche Herausforderungen besonders in konfliktbehafteten Politikfeldern wirkungsvoll angehen. In Erlangens Klimaaufbruch wurde deutlich, wie eine Verknüpfung von Bürgerrat und Stakeholderbeteiligung funktionieren kann. Die Erfahrungen der bayerischen Kommune Kirchanschöring veranschaulichten, wie Bürgerräte gerade auch in ländlichen und konservativ geprägten Landesteilen erfolgreich sein können.

In zwei Panels mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und Teilnehmenden des Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ ging es darum, was nun mit den Empfehlungen passiert und ob es auch in Zukunft weitere Bürgerräte aus Bundesebene geben wird.

### **MdBs fordern Entscheidungen zu Energydrinks und Lebensmittelweitergabe noch in dieser Legislatur**

Anfang des Jahres hatte der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ neun Empfehlungen an den Bundestag übergeben. Viele Umsetzungen benötigen laut den Abgeordneten mehr Zeit. Bei zwei Empfehlungen wollen Renate Künast (Grüne) und Daniela de Ridder (SPD) aus dem zuständigen Ernährungsausschuss aber noch vor den nächsten Wahlen zu Entscheidungen kommen — bei einer Altersgrenze für Energydrinks und der Weitergabe von Lebensmitteln, die nicht mehr verkauft werden können. Beide Empfehlungen wurden zuletzt in öffentlichen Fachanhörungen im Bundestag diskutiert.

Laut einer repräsentativen Umfrage der Universität Wuppertal unterstützen 88% der Bevölkerung eine gründliche Befassung mit den Empfehlungen des Bürgerrats. Auf der Veranstaltung gab es weitere Unterstützung durch Unternehmen, NGOs und Privatpersonen. Julius Palm von Followfood überreichte einen offenen Firmenbrief, den auch Unternehmen wie Oatly unterzeichneten. Patrick Müller vom BUND überreichte einen Brief

im Namen von 79 zeichnenden NGOs. Und Helena Hahne & Magnus Wagner waren Briefboten der Briefe von Privatpersonen. Initiiert wurde die Aktion im Rahmen der Kampagne „Hört auf den Bürgerrat“ von den Climate Guardians und dem Verein Klimamitbestimmung.

### **Überraschende Töne aus der Union**

Albert Stegemann von der Union ging beim Thema Altersgrenze für Energydrinks auf seine Kolleginnen von der SPD und Grüne zu. Eine überparteiliche Einigung wäre ein starkes Signal an den Bürgerrat. Der CDU-Abgeordnete äußerte sich darüber hinaus überraschend positiv zu Bürgerräten. „Es weiß ja jeder, dass wir anfänglich unsere Probleme damit hatten“. Stegemann habe den Prozess jedoch nicht so wahrgenommen, als würde er die Legitimation des Parlaments untergraben. Stattdessen sei der Bürgerrat ein sehr konstruktiver Prozess gewesen. „Wenn wir uns im Ausschuss unterhalten, kreisen wir immer wieder um dieselben Argumente und der Bürgerrat hat wirklich neue Impulse gesetzt.“ so Stegemann. Der CDUler betonte, dass Bürgerräte „nur ein Instrument sein [können], weil wir natürlich eine parlamentarische Demokratie haben.“ Gleichzeitig bezeichnete er das Format als Geschenk, „und wenn wir dieses Geschenk so entwickeln, dass man Demokratie stärkt, dann ist das ein Gewinn für uns“.

### **CSU-Bürgermeister hat wenig Verständnis für Position der Bundesunion**

Dies ist bemerkenswert, da sich Stegemann, wie viele seiner Fraktionskolleg\*innen, bisher kritisch gegenüber Bürgerräten äußerte. Anders ist das bei CSU-Bürgermeister Hans-Jörg Birner aus Kirchanschöring. Er führt regelmäßig Bürgerräte durch und berichtete auf der Veranstaltung begeistert von seinen Erfahrungen. Für die Bedenken seiner konservativen Kolleg\*innen im Bund habe er kein Verständnis. „Es kann doch nur hilfreich sein, wenn ich gemeinsam mit den Bürgern ein Thema bearbeite und dann gemeinsam einen Lösungsvorschlag mache“, so Birner. Seiner Ansicht nach fehle es in der Bundes-Union an Aufklärung über die Stärken dieses Instruments sowie an konkreten Erfahrungen erfolgreicher Umsetzungen.

Offen bleibt ob auch weitere Vertreter der Unionsparteien dem Instrument Bürgerrat zukünftig positiver begegnen werden. Dem zuständigen Berichterstatter der Unionsfraktion, Philipp Amthor, war eine Teilnahme am Zukunftsforum nicht möglich.

### **SPD würde sich bei Koalitionsverhandlungen wieder für BR einsetzen**

Ob es in dieser Legislatur einen weiteren Bürgerrat geben wird, ist fraglich. Bundeskanzler Scholz hatte im Sommerinterview einen Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung ins Spiel gebracht. Die FAZ berichtete jedoch kürzlich, dass sich SPD und FDP nicht einigen können, ob der Bürgerrat von einer Enquete- oder Bund-Länder-Kommission begleitet werden soll. Stephan Thomae von den Liberalen bestätigte bei der Veranstaltung, dass es nicht gut aussieht für einen weiteren Bürgerrat in dieser Legislaturperiode.

Ob es weiterhin Bürgerräte auf Bundesebene geben wird, hängt damit an der nächsten Koalition. Repräsentative Umfragen der Universität Wuppertal zeigen, dass eine deutliche Mehrheit in Deutschland sich das wünscht, unabhängig von Parteipräferenzen. In einer Zeit, in der viele Menschen „die da oben“ als abgehoben wahrnehmen, könnte eine „Politik des Gehörtwerdens“ ein vielversprechendes Wahlkampfthema sein.

Die SPD-Abgeordnete Hagl-Kehl bestätigte jedenfalls, dass ihre Partei sich bei möglichen Koalitionsverhandlungen wieder für Bürgerräte einsetzen wird. Auch bei den Grünen ist wohl davon auszugehen. Am Ende wird es an der Union liegen. Die Frage ist, ob die Konservativen auf Bundesebene bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Bürgerräten bleiben, oder ob sie sich in Regierungsverantwortung zurückbesinnt auf Wolfgang Schäuble. Schäuble hatte sich in seiner Zeit als Bundestagspräsident mit den Worten „Es isch notwendig“ für Bürgerräte stark gemacht. Die Stimmen, die aus unionsregierten Kommunen wie Kirchanschöring oder dem Ernährungsausschuss Zukunftsforum Bürgerräte anklagen, deuten jedoch darauf hin, dass auch in der Union noch um eine Position gerungen wird.